



Mi 30.08.2017 14:14

arnd\_rueter <arnd\_rueter@web.de>

Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsst:

An 'redaktion@sueddeutsche.de'

Cc 'investigativ@sueddeutsche.de'; 'Hans.Leyendecker@sueddeutsche.de'; 'thomas.oechsner@sueddeutsche.de'; 'Rudolf Mühlbauer'

Diese Nachricht wurde mit der Priorität "Hoch" gesendet.

**Anlagen: (Anmerkung: Aktualisierung - die homepage war damals noch nicht auf dem Stand)**

- [IG\_S01]** 20170821\_Übersicht größter Skandal in Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.pdf
- [IG\_K-KK\_001]** 20031105\_VdAK/AEV an GDV bzgl Beitragspflicht von Kapitaleistungen der bAV infolge GMG (KOMMENTAR GMG-Geschädigte) (unkommentiert **[IG\_O-KK\_004]**)
- [IG\_K-VG\_0000]** 20170426\_(empfangen 20170428)\_BVerfG Kirchhof an Bundestagsabgeordneten Binding SPD\_Rapport Kirchhof an Binding über seine "Abfertigung" von Verfassungsbeschwerden zum Thema "Direktversicherungen"
- [IG\_K-VG\_2317]** 20170528\_Schreiben an Vizepräsident Kirchhof\_Kommentar zur Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde und zur Pressemitteilung PM 35/17 Beschreibt an Fall 1 wie der Vizepräsident bei konkreten Verfassungsbeschwerden Rechtsbeugung und Verfassungsbruch begeht; enthält zudem den Nachweis, dass alle Richter des Ersten Senats Rechtsbeugung betreiben, um sich über „Gesetz und Recht“ (Art. 20(3) GG) zu stellen.  
auch unter: Replik des Dr.R. an Kirchhof BVerfG wg. Nichtannahme Verfassungsbeschwerde und Pressemitteilung (<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8434>)
- [IG\_K-VG\_0004]** (im Stand vom 11.08.2017)  
Achtung: In anderen Texten wurden ggf. frühere Versionen referenziert, die aber nicht alle gelistet werden, da sie nicht andere, sondern nur weniger Informationen gegenüber dem aktuellen Stand hatten.  
**[IG\_O-VG\_xxxx]** alle seit Beginn der kriminellen Rechtsprechung bis ca. 2017  
Liste Verfassungsbeschwerden zur Rechtssache GMG und die Vorgeschichte der Klagen bei den Sozialgerichten

**Dringend - Bitte ausdrucken und der Chefredaktion vorlegen**

**Unterlagen zum größten Skandal bzgl.  
des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit  
in der Bundesrepublik Deutschland**

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Prantl,  
trotz Ihrer seit März 2017 gezeigten Ignoranz bleiben zumindest wir fair und senden auch der Süddeutschen Zeitung die Unterlagen,  
die wir an 15 überregionale Zeitungen (inkl. Spiegel und Stern), 90 deutsche Regionalzeitungen mit einer Auflage von über 40.000 sowie die Landesrundfunk/fernseh-Anstalten der ARD, die ARD und das ZDF gesendet haben.

Hans-Ulrich Jörges hat das Thema bereits in der dritten Minute am Sonntag im Presseclub angesprochen und als „Putsch im Sozialsystem und als schreiende Ungerechtigkeit“ bezeichnet (<https://www.youtube.com/watch?v=AIfMsATkuA>).

Wir bleiben dabei: die Süddeutsche Zeitung kann sich in Zukunft ihren investigativen Journalismus à la Panama-Papers gestrost schenken, wenn sie dem durch die etablierten Parteien gesteuerten massiven Abbau der Demokratie weiterhin seelenruhig zuschauen will. Artikel gegen den einen oder anderen Auswuchs sind dann nichts weiter als ein Feigenblatt.

Wir jedenfalls nehmen unser Grundrecht (Art.20 (4) ) sehr ernst „gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen [...]“ Widerstand zu leisten.

Gruß

Dr. Arnd Rüter und Rudolf Mühlbauer

Sehr geehrter Herren Kurt Kister, Wolfgang Krach, Heribert Prantl, Stefan Plöching,

anbei erhalten Sie eine Übersicht, welche den größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beschreibt, den die Bundesrepublik Deutschland bisher erleben musste. Es geht um den staatlich organisierten Betrug an ca. 6 Millionen Rentnern mit einem geschätzten Schaden von bisher 21 Milliarden Euro (Stand Ende 2016).

Die Übersicht ist aus der Begründung einer Verfassungsbeschwerde entstanden und stellt eine gestraffte Darstellung der wesentlichen Abläufe und Zustände dar. Sie enthält keine Beweise; die gesamte Verfassungsbeschwerde inkl. aller beweisenden Dokumente umfasst mehr als 1000 Seiten. Die in der beigefügten Übersicht enthaltenen Referenzen wurden absichtlich beibehalten, um zu verdeutlichen, dass sämtliche Aussagen (bis auf zwei in der Übersicht identifizierte Punkte) beweiskräftig belegt werden können.

Da die Politik keinerlei Absicht hat diese Geldbeschaffungsmaschine (ca. 2 Milliarden pro Jahr) abzustellen, die gesamte mit Beitragsrecht beschäftigte Sozialgerichtsbarkeit der Bundesrepublik ins Kriminelle abgedriftet ist und sich nun auch die Kriminalisierung wesentlicher Teile des Bundesverfassungsgerichts gezeigt hat, sehen wir keine andere Möglichkeit mehr, als uns an die Öffentlichkeit zu wenden.

Um Ihnen die Brisanz des ganzen zu verdeutlichen, haben wir in der Übersicht den Text an 3 Stellen gelb markiert. Zu diesen Punkten senden wir Ihnen in der Anlage die beweisenden Dokumente.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie sich als sogenannte „Vierte Gewalt“ des Themas annehmen und die Information der Öffentlichkeit unterstützen würden. Uns ist bewusst, dass in Presse, Funk und Fernsehen bereits der eine oder andere Punkt behandelt wurde. Durch unzureichende Aufbereitung unter Berücksichtigung sämtlicher Aspekte und mangelnde Unterstützung durch Betroffene wurde aber meistens ein sehr verzerrtes Bild der Situation wiedergegeben. Samt und sonders wird von den verantwortlichen Verursachern des Skandals behauptet, es handle sich um Versorgungsbezüge im Sinne des Betriebsrentengesetzes (BetrAVG). Dazu wird mit den Begriffen „betriebliche Altersversorgung“ und „Direktversicherung“ Rechtsbeugung betrieben. Dies ist aber die rechtsbeugende Finte der Judikative, mit der die privat finanzierten Kapitallebensversicherungen in mit Sozialversicherungsbeiträgen zu belastende Renten umgedeutet werden.

Das Material ist sicher nicht geeignet, um daraus Kurzberichte zu schreiben bzw. zu erstellen. Man kann sich eine journalistische Bearbeitung wohl am besten als dreiteilige Serie vorstellen: (1) Die Entstehungsgeschichte des GMG, (2) Die Kriminalisierung der Sozialgerichtsbarkeit, (3) Die Kriminalisierung des Bundesverfassungsgerichts.

Wenn Sie bereits unter Last der gesandten Informationen stöhnen und es als zu kompliziert ansehen, dann entschuldigen Sie bitte die Störung. Was wir keinesfalls gebrauchen können, wenn uns jemand mit viel Unterstützungsarbeit zudeckt, um dann für sich heraus zu finden, dass

- das Ganze einfach zu lästig ist (weil mit viel Arbeit verbunden),
- das Thema einfach zu „heiß“ und politisch zu brisant ist und der Eigentümer, die Chefredaktion oder ähnliche Kontrollorgane der Medien die Veröffentlichung stoppen, bevor es losgeht,
- Sie dem Thema einfach nicht gewachsen sind,

dann ist es besser, wenn Sie dies einfach so mitteilen und nicht erst nach unglaublichen Begründungen suchen.

Wir freuen uns auf eine baldige Nachricht von Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

.....  
(Dr. Arnd Rüter)

Haydnstraße 5  
85591 Vaterstetten  
08106 32754  
[arnd\\_rueter@web.de](mailto:arnd_rueter@web.de)

.....  
(Rudolf Mühlbauer)

Camerloherstraße 7  
85737 Ismaning  
089 965547  
[rudolf.muehlbauer@zumare.de](mailto:rudolf.muehlbauer@zumare.de)

**Hinweis:**

Sämtliche vorhandenen Dokumente sind ohne spezielle juristische Kenntnisse lesbar und verstehbar, als Voraussetzung reicht völlig der gesunde Menschenverstand aus.

**Anlagen:**

1. Übersicht größter Skandal in Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.pdf
2. Anlage V9\_20031105\_VdAK\_AEV an GDV mit Anmerkung.pdf
3. VG10a\_20170428 empfangen\_20170426 gesendet\_BVerfG Kirchhof\_an Binding SPD\_Direktversicherungen.pdf
4. VG13\_20170528\_Vizepräsident Kirchhof\_Kommentar zur Nichtannahme Verfassungsbeschwerde und Pressemitteilung.pdf
5. Liste von widerrechtlich vom Ersten Senat nicht angenommenen Verfassungsbeschwerden (10-08-2017).pdf